

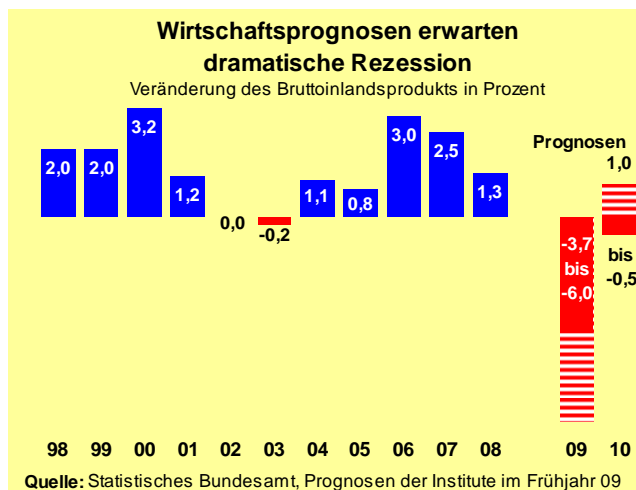
Weltkonjunktur auf Talfahrt Oberste Priorität: Beschäftigung sichern

Die Konjunkturprognosen werden von Tag zu Tag schlechter. Der internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für Deutschland einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 5,6 Prozent, die deutschen Forschungsinstitute in ihrer Gemeinschaftsdiagnose sogar um sechs Prozent. Ein schnelles Ende der Krise ist nicht zu erwarten. Nächstes Jahr droht eine Stagnation. Wegen des extremen Abwärtstrends bei den Investitionsgütern und bei den Exporten ist die Metall- und Elektroindustrie besonders hart von der Krise betroffen. Die IG Metall fordert, mit oberster Priorität die Beschäftigung zu sichern, die Finanzierung der Unternehmen zu gewährleisten und zur Stabilisierung der Konjunktur ein drittes Konjunkturprogramm vorzubereiten.

Weltkonjunktur auf Talfahrt

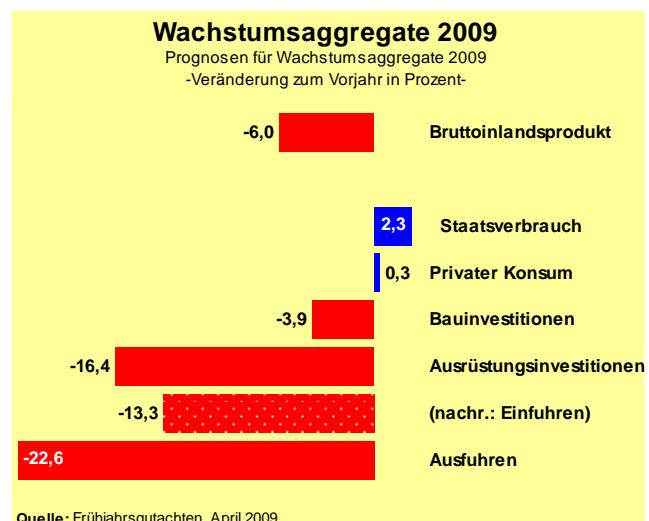
Die Weltwirtschaft befindet sich in einer tiefen **globalen Rezession**. Die Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute erwartet für dieses Jahr einen Rückgang der weltweiten Wirtschaftsleistung um 3,3 Prozent. Das wäre der erste Rückgang seit 60 Jahren. Nächstes Jahr soll es nur ein sehr geringes Wachstum von 0,6 Prozent geben. Noch schlimmer trifft es den **internationalen Warenhandel**. Laut Gemeinschaftsdiagnose soll er real um 17 Prozent schrumpfen.

bile **Preise** (plus 0,4 Prozent) und ein leichter Rückgang der Sparquote sollen diesen Anstieg ermöglichen. Auch der **Staatskonsum** soll durch die Wirkung der automatischen Stabilisatoren, das sind die krisenbedingten Mindereinnahmen (zum Beispiel Steuern) und Mehrausgaben (zum Beispiel Kurzarbeitergeld), leicht ansteigen.



Deutschland im Abwärtssog

Auch für Deutschland werden die Wirtschaftsprognosen immer schlechter. Die Gemeinschaftsdiagnose rechnet in diesem Jahr für Deutschland mit einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um sechs Prozent. Noch nie waren wir in den vergangenen 80 Jahren mit einer so schweren Wirtschaftskrise konfrontiert. Dabei gehen die Forscher sogar noch von optimistischen Annahmen aus. Nach der Frühjahrsprognose soll der **private Konsum** leicht steigen. Vor allem sta-



Krise des Exportmodells und der Industrie

Dagegen drücken die Investitionen und der Außenhandel das Wachstum stark in den negativen Bereich. Wegen immer schwächer ausgelasteter Kapazitäten werden weltweit viele Investitionsvorhaben der Industrie gestrichen oder verschoben. Wegen der Spezialisierung der deutschen Industrie auf die Produktion von Investitionsgütern trifft uns die Krise deshalb härter als andere Staaten. So sollen die **Ausrüstungsinvestitionen** im Vergleich zum Vorjahr um über 16 Prozent, die **Exporte** sogar um fast 23 Prozent zurückgehen. In den letzten Jahren hatte sich die Industrie immer stärker entwickelt als die Gesamtwirtschaft. Die Schwäche bei den Investitionen und den

Exporten macht diese Krise vor allem zu einer Krise der Industrie. Das trifft auch die M+E-Industrie. Auf der Basis der Prognose der Gemeinschaftsdiagnose soll die M+E-Produktion in diesem Jahr um 18 Prozent schrumpfen!

Kaum ein Industrieland ist so stark wie Deutschland von der Krise betroffen. Deutschland leidet in dieser Krise an seiner extremen Exportorientierung. Im Euroraum trifft die Krise nur Irland noch stärker, das besonders unter der Finanzmarktkrise leidet. Selbst für die USA, dem Ursprungsland der Finanzkrise, wird ein vergleichsweise kleiner Rückgang des Bruttoinlandsprodukt von 3,5 Prozent prognostiziert. Dort wirken sich die aktive Geldpolitik und ein umfassendes Konjunkturprogramm stabilisierend aus.

Perspektive 2010

Im Verlauf des Jahres 2010 soll sich die Wirtschaftsleistung wieder etwas stabilisieren. Für das Gesamtjahr allerdings erwarten die Institute noch einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von 0,5 Prozent. Angesichts des kräftigen Absturzes in diesem Jahr ist das kaum ein Grund zur Entwarnung, denn vor allem die Beschäftigungsrisiken bleiben nach wie vor bestehen. Es wird noch einige Zeit dauern, bis das wirtschaftliche Niveau des Jahres 2008 wieder erreicht wird.

Krise treibt Staatsdefizit hoch

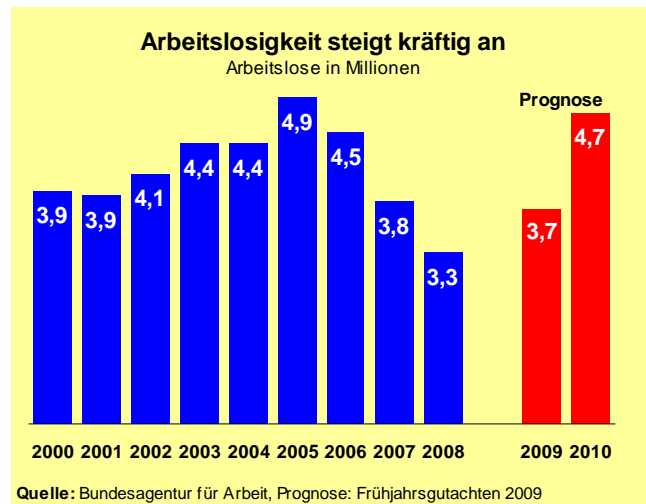
Die Kosten der Krise erreichen die öffentlichen Haushalte. Für 2010 erwarten die Institute ein staatliches Defizit von 132 Milliarden Euro. Das sind 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Es ist richtig und notwendig, dieses Defizit zuzulassen. Die Lasten künftiger Haushaltssanierungen dürfen aber nicht Arbeitnehmern und Empfängern von Sozialtransfers aufgebürdet werden. Vor allem die Profiteure des Aufschwungs müssen zur Krisenfinanzierung herangezogen werden. Dazu wird künftig ein höherer Spitzensteuersatz unvermeidlich sein. Und auch hohe Vermögen müssen zur Finanzierung der Krise beitragen (Vermögenssteuer, Vorfinanzierung durch eine Vermögensabgabe).

Mit Kurzarbeit die Beschäftigung sichern

Bisher hat die Kurzarbeit den Arbeitsmarkt erfolgreich stabilisiert. Für 2009 rechnen die Wirtschaftsforscher mit 1,3 Millionen Kurzarbeitern. Zum größten Teil werden das Metaller sein. Aus Sicht der IG Metall muss alles getan werden, um mit dem arbeitsmarktpolitischen Instrument Kurzarbeit die Beschäftigung in den Betrieben zu halten. Wenn dies nicht gelingt, ist ein kräftiger Anstieg der Arbeitslosigkeit unvermeidlich, in diesem Jahr um 500.000, im nächsten Jahr um eine weitere Million. Im Herbst 2010 dann dürfte die Zahl von fünf Millionen erreicht werden. Die Arbeitslosigkeit wäre damit wieder auf dem Rekordstand des Jahres 2005.

Kurzarbeit und Qualifizierung sind geeignete arbeitsmarktpolitische Instrumente, Beschäftigung temporär abzusichern. Die Vorschläge der IG Metall sind derzeit in der politischen Debatte. Die IG Metall fordert, das Instrument Kurzarbeit offensiv zu nutzen, das Kurzarbeitergeld auf 24 Monate zu verlängern, eine in-

telligente Verknüpfung der Kurzarbeit mit Weiterbildung und Umschulung, zum Beispiel in sogenannten **Transfergesellschaften**. Um die Produktions- und Beschäftigungsstrukturen zu sichern, ist notwendig, die Beschäftigung im Herkunftsbetrieb zu erhalten. Dazu sind Rückkehrgarantien erforderlich. Für ältere Arbeitnehmer fordert die IG Metall die weitere **Förderung der Altersteilzeit** sowie eine **Verlängerung des Arbeitslosengeldes**, damit sie nicht in „Hartz IV“ abrutschen.



Unternehmensfinanzierung sicherstellen

Geeignete Instrumente:

- für Investitions- und Auftragsfinanzierung zur Sicherung von Wertschöpfung und Beschäftigung: Bürgschaften und Kredite
- für die Absicherung industrieller Strukturen: Eigenkapital bereitstellen durch öffentliche Beteiligungen (Publik Equity)
- für die Finanzierung krisenbedingter personeller Überkapazitäten: Finanzierung der Sozialversicherungsbeiträge von Kurzarbeitern nach 12 Monaten Kurzarbeit (KMU 6 Monate) durch die Arbeitsmarktpolitik

Konjunkturpaket III vorbereiten

Das Konjunkturpaket II geht in die richtige Richtung, der Umfang reicht jedoch längst noch nicht. Die Konjunkturpakete der Bundesregierung haben den wirtschaftlichen Fall nicht aufhalten, ja nicht einmal entscheidend abfedern können. Die Institute beziffern die Wachstumseffekte des Konjunkturpakets II für dieses Jahr mit 0,5 Prozentpunkten, für nächstes Jahr mit 0,3 Prozentpunkten der Wirtschaftsleistung. Während der IWF ein **Konjunkturprogramm III** einfordert, lehnen die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute und die Politik dies schroff ab. Die IG Metall warnt vor ideologischer Vorfestlegung und fordert die Politik auf, gerade wegen längerer Vorlaufzeiten für öffentliche Investitionen schon heute ein **Zukunftsinvestitionsprogramm „Arbeit, Bildung, Umwelt“** (Volumen 100 Milliarden Euro) vorzubereiten.